

Geschäfte mit dem Tod

Rumballern in der Altmark: Bundeswehrsoldaten werden in »Schnöggersburg« für bewaffnete Einsätze in Großstädten ausgebildet. **Von Susan Bonath**

Wald, Wiese, verschlafene Dörfer: Es ist ruhig in der Colbitz-Letzlinger Heide, eine gute halbe Autostunde nördlich von Magdeburg. Nur über die Bundesstraßen B71 und B189 rattern zuweilen Militärkonvois. Zwischen beiden Pisten liegt, gesäumt von »Betreten Verboten«-Schildern, der Truppenübungsplatz des Gefechtsübungsentrums (GÜZ) Altmark. Mitten im Nichts, kurz hinter dem Ort Dolle warten Lastkraftwagen vor einer Schranke. Sie öffnet sich, Soldaten kontrollieren, winken durch. Die Baustelle von Schnöggersburg wird mit Material beliefert. Was dort entsteht, entzieht sich den Augen der Anwohner und Durchfahrenden. Es ist eine Großstadt im Miniaturformat auf knapp 6,5 Quadratkilometern Fläche.

Der Plan des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg), den Journalisten vor gut fünf Jahren ans Tageslicht gebracht hatten, ist nun Realität. Man hält nicht mehr hinterm Berg. Am Tag der offenen Tür Ende August veranstaltete die Bundeswehr eine Rundfahrt für Neugierige durch das Gelände, das sogar ein Ortsschild mit der Aufschrift »Schnöggersburg Kreis Stendal« besitzt. Am Donnerstag vor einer Woche führten Soldaten akkreditierte Journalisten durch die Kulissenstadt mit Wohn- und Hochhäusern, Fabrikattrappe und eigenem Umspannwerk für die Beleuchtung, mit Straßen und Autobahnabschnitt samt Kanalisation, einem Fluss mit fünf Brücken, einem Flugplatz, der einzigen U-Bahn Sachsen-Anhalts und vielem mehr. Mit dem Richtfest in der No-go-Area für die Zivilbevölkerung übergaben Land und Bund vor den Augen akkreditierter Journalisten den ersten Teil der Geistermetropole an die Bundeswehr. Ab dem kommenden Jahr sollen deutsche und ausländische Truppen dort auf Kriegseinsätze vorbereitet werden.

Bei der Übergabe lobten und rechtfertigten die Protagonisten den »dringenden Bedarf« an einer solchen Metropole, für die inzwischen 140 Millionen Euro einkalkuliert sind. »Die Einsätze der Vergangenheit haben uns gelehrt, dass das Umfeld, in dem wir kämpfen müssen, nicht mehr die freie Fläche ist, sondern der urbane Raum«, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im BMVg, Markus Grübel, laut MDR bei der Schlüsselübergabe. Oberst Uwe Becker, Dienststellenleiter des GÜZ, will es langsam angehen: »Das ist für uns



Der Traum aller PC-Spiel-Amokläufer wird wahr: Schnöggersburg

Neuland; ab 2018 werden wir uns langsam an die Materie herantasten«, so Becker. Laut dem Generalleutnant der Bundeswehr, Frank Leidenberger, entstand die Idee für die Übungsstadt schon 2006. Man wolle in Schnöggersburg die Ausbildung der Soldaten für Afghanistan und Mali verbessern, erläuterte er.

Doch die Kulisse in der Heide erinnert wenig an ein afghanisches Dorf. Errichtet worden sei sie »eindeutig nach westlichem Modell«, betont Helmut Adolf von der Bürgerinitiative Offene Heide gegenüber jW. Die Initiative protestiert seit fast 25 Jahren gegen die Aufrüstung im GÜZ. Seine Mitstreiter sehen das ähnlich. So pflichtet Siegfried Bernd Kratz bei: »Schnöggersburg hat eine europäische Infrastruktur, das ist so angelegt, um auch das Bekämpfen von Aufständen im Inneren zu üben.« Dies hätten schon mehrfach Aktivisten und Politiker betont, »und keiner hat widersprochen«, gibt Edgar Kürschner von der Initiative zu bedenken.

»Hier wird ganz klar der Krieg gegen die Zivilbevölkerung geübt«, steht für Malte Fröhlich, ebenfalls von der Initiative Offene Heide, fest. Wenn Städte angegriffen werden, sei sie immer mit betroffen. Er erinnert daran, dass das Bundesverfassungsgericht 2014 dem

Einsatz der Bundeswehr im Inneren unter anderem in Szenarien »katastrophischen Ausmaßes« zugestimmt hat. »Was genau ist ein katastrophisches Ausmaß; sind das Stürme und Überschwemmungen oder werden bald auch Großdemonstrationen dazu gezählt?«, fragt Fröhlich. Dies sei nämlich nicht genau definiert. Man bedenke zudem, dass bereits die polizeilich-militärische Zusammenarbeit trainiert werde. »Das lässt nichts Gutes erahnen«, meint der Friedensaktivist.

Bei der Zeremonie zur Übergabe von Schnöggersburg hat Malte Fröhlich noch mehr gestört: Die Beteiligung der Kirche. Der evangelische Militärpfarrer Andreas Kölling hatte das Kriegsübungsareal und dessen Nutzer feierlich gesegnet (siehe auch jW vom 1. November). »Das ist eine Kriegserklärung an uns«, mahnt Fröhlich. Er habe bereits in den 90ern dagegen gekämpft, dass die ostdeutschen Kirchen ebenso wie die westdeutschen flächendeckend Militärseelsorge betreiben. »Dann haben sie sich kaufen lassen.« Trotzdem sei es weiter Konsens in der Friedensbewegung, mit den Kirchen im Gespräch zu bleiben. Darüber müsse diskutiert werden. »Wenn ein Pfarrer Waffen segnet, sind Kirchenvertreter meine politischen Gegner.«

Eine kritische Bilanz zieht auch Tobias Pflüger. Der Friedensforscher ist einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Linkspartei. Seit kurzem sitzt er im Bundestag. »Schnöggersburg ist ein Symbol dafür, wohin die Bundeswehr entwickelt wurde«, sagt er im Gespräch mit jW. Dort werde für Angriffskriege geprobt, geographisch seien diesen keine Grenzen mehr gesetzt. Pflüger wirbt zudem für mehr Aufklärung vor Ort. Natürlich binde die Bundeswehr aus Eigennutz Menschen gerade in strukturschwachen Regionen wie der Altmark ein. »Da geht es um Angebote für Schulen und Jobs für die Eltern der Kinder«, erläutert der Politiker. Lehrer stünden der Charmeoﬀensive des Militärs vielfach zu unkritisch gegenüber.

Im Umkreis der Colbitz-Letzlinger Heide pflegen nicht nur zahlreiche Kleinstädte und Gemeinden Partnerschaften mit Bundeswehreinheiten, sondern auch mit Schulen. So veranstaltet die Truppe etwa regelmäßig Freizeiten mit Erst- bis Viertklässlern aus Letzlingen. Dort befindet sich die GÜZ-Kommandozentrale. Es gehöre endlich ins Bewusstsein, so Pflüger, dass »statt militärischer Arbeitsplätze genauso zivile geschaffen werden können«. »Wir müssen klar betonen, dass die Armeegeschäfte mit dem Tod macht.«

Hintergrund Woschon Nazis übten



Schnöggersburg – den Namen für die Militärübungsstadt in der Altmark haben sich die Erbauer nicht ausgedacht. Ein Ort mit diesem Namen existierte tatsächlich. Fast an derselben Stelle, wo heute die Geisterstadt steht. Bis in die 1930er Jahre war Schnöggersburg ein Erholungsort für den Raum Magdeburg.

Damit war es vorbei, als die deutschen Faschisten die Macht ergriffen. Zwischen 1933 und 1936 vertrieben sie die Bewohner von Schnöggersburg, rissen ihre Häuser ab und errichteten die Heeresversuchsanstalt Hillersleben auf dem Gelände. Auf einer 29 Kilometer langen Schießbahn testete die Wehrmacht dort Artilleriewaffen und trainierte für den Krieg. Nur drei Jahre später machten die Nazis bekanntlich ernst. Der Betrieb auf dem Militärplatz lief bis 1945 ununterbrochen. Die Wehrmacht baute im Laufe der Zeit die Infrastruktur und technische Anlagen aus.

Nach der Befreiung übernahm die Rote Armee den Platz. Sie baute ihn zum reinen Gefechtschießplatz um und nutzte ihn unter anderem für das Großmanöver »Waffenbrüderschaft 80«. Als die Sowjettruppen ab 1990 abzogen, gab es harte Diskussionen im Landtag von Sachsen-Anhalt. CDU und FDP überließen der Bundeswehr das Terrain. Auch nachdem 1994 SPD und Grüne die Regierung übernommen hatten, baute das Heer den Platz bis 1997 aus. Der sogenannte Heidekompromiss von 1997 beschränkte dies zunächst auf den Nordteil. Mit der erneuten Machtübernahme kippte Schwarz-Gelb die Vereinbarung vollständig.

Seitdem baut das Heer den Übungsplatz kontinuierlich aus. Auch die Proteste der Bürgerinitiative Offene Heide, in der sich anfänglich noch die PDS und die Grünen von Sachsen-Anhalt mit engagiert hatten, konnte das nicht aufhalten. 2006 begann das Verteidigungsministerium bereits, die Geistermetropole Schnöggersburg zu planen. Lange Jahre lief das im Geheimen. 2012 bekamen Journalisten Wind von dem Vorhaben. Seitdem geht die Bundeswehr in die Offensive.

Edgar Kürschner protestiert seit 1993 regelmäßig gegen die Aufrüstung in der Heide. Mit dem Truppenübungsplatz sei die größte unbesiedelte Fläche Mitteleuropas verlorengegangen, kritisierte er im Gespräch mit jW. »Ein Naturpark wäre die nachhaltigere Lösung gewesen«, so Kürschner. »Ein solcher hätte auch Arbeitsplätze beschert«, ist er sicher. (sbo)

Rheinmetall kassiert

Negativpreis für privaten Dienstleister in der Bundeswehrstadt Schnöggersburg

Am 18. November verleiht die Stiftung Ethik & Ökonomie Ethecon ihren diesjährigen Schmahpreis »Black Planet Award 2017« an den Rüstungskonzern Rheinmetall. Im Rahmen einer privat-öffentlichen Partnerschaft (Private Public Partnership – PPP) wird Rheinmetall auch Schnöggersburg aufrüsten.

Der Düsseldorfer Rüstungsgigant kennt sich in der Gegend aus. Er stieg bereits kurz nach der Jahrtausendwende in der Altmark ein, entwickelte die Ausrüstung für das dortige Gefechtsübungszentrum (GÜZ). Seit 2008 betreibt er dafür in Letzlingen ein eigenes Dienstleistungszentrum. Bis 2012 kas-

sierte der Konzern zehn bis 35 Millionen Euro jährlich, wie aus einer Antwort der Bundesregierung an die Linksfraction hervorgeht. 2014 verlängerte die Bundeswehr zuletzt den Vertrag mit dem Betreiber um vier weitere Jahre. Das Auftragsvolumen beträgt rund 70 Millionen Euro.

Nun gibt es für Rheinmetall noch Extraprofite. Seit 2016 darf das Unternehmen auch die Geisterstadt Schnöggersburg ausstatten. 24 Millionen Euro lässt der Bund dafür springen. Angeseigt ist Lasersimulationstechnik. Jede einzelne Handlung der Soldaten kann so in der Leitungszentrale überwacht werden. Dafür liefert der Konzern auch Software

und Datenkommunikationssysteme.

»Militärische Operationen in bebautem Gelände gehören zu den anspruchsvollsten Aufgaben«, erklärte Rheinmetall, als vor einem Jahr der Auftrag besiegelt wurde. Schnöggersburg verfüge über darauf zugeschnittene Elemente, nämlich die Infrastruktur einer modernen Großstadt. Bis zu 1.500 Soldaten gleichzeitig können auf dem Terrain üben. Der Betrieb soll in wenigen Monaten beginnen. »Im GÜZ können Truppenteile in jeder Zusammensetzung auf alle denkbaren Aufgaben umfassend vorbereitet und realitätsnah ausgebildet werden«, so der Konzern. Vor zwei Jahren habe dieser dort rund 1.000 Arbeits-

kräfte beschäftigt, davon 400 im zivilen Bereich.

Das PPP-Projekt Schnöggersburg sei ein weiterer Deal, um die militärische Vormachtstellung Deutschlands voranzutreiben, gab Ethecon-Sprecherin Anabel Schnura in einer Mitteilung zur Verleihung des Negativpreises zu bedenken. Dazu zählt ihrer Meinung nach auch der mögliche Einsatz des Heeres gegen die Bevölkerung, zum Beispiel bei Bürgerkriegen. Erschreckend sei die Größe dieser Geisterstadt. »Das ist eine ganz neue Dimension der Militarisierung«, so Schnura. Rheinmetall stelle eine Gefahr für Frieden, Ökologie und die Menschheit insgesamt dar. **Susan Bonath**